Württembergische
Kirchengeschichte online

Artikel-Link: https://wkgo.de/institutionen/institutionalisierte-diakonie-in-deutschland-und-wrttemberg#article-330

Institutionalisierte Diakonie in Deutschland und Württemberg

Inhaltsverzeichnis

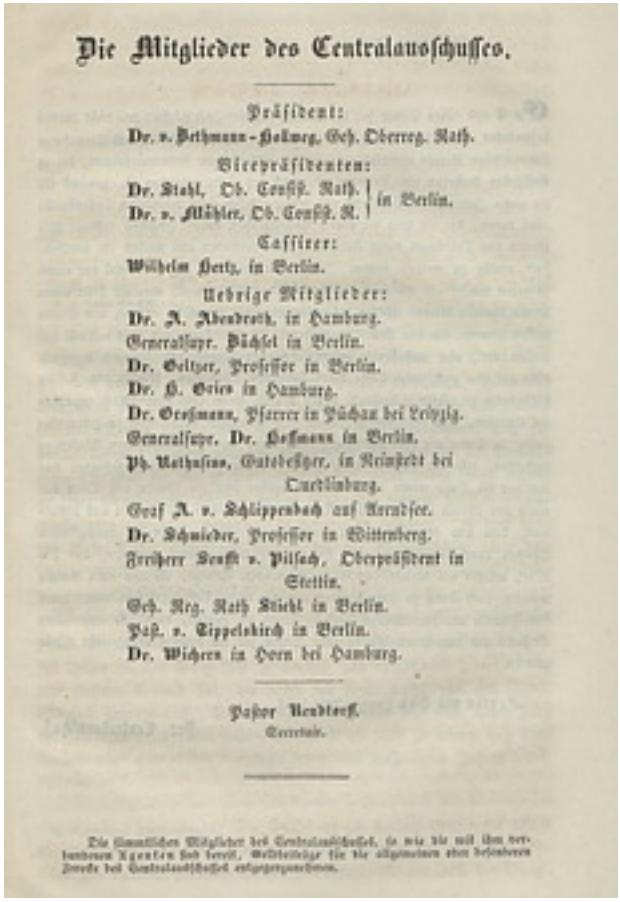
1. 1: Organisation „christlicher Liebestätigkeit“ in der Inneren Mission ab 1848
2. 2: Bestandsaufnahme der Inneren Mission im Ersten Weltkrieg
3. 3: Ende der Monarchie und Ausbau des staatlichen Wohlfahrtswesens in der Weimarer Republik
4. 4: Haltung und Position der Inneren Mission während des NS-Regimes
5. 5: Neue Herausforderungen im Nachkriegsdeutschland
6. 5.1: Die Diakonie in Ost- und Westdeutschland
7. 5.2: Diakonische Konkurrenz: Innere Mission und Evangelisches Hilfswerk
8. 6: Zusammenführung von Innerer Mission und Evangelischem Hilfswerk ab 1957
9. 7: Das Diakonische Werk der EKD
10. Anhang

1: ORGANISATION „CHRISTLICHER LIEBESTÄTIGKEIT“ IN DER INNEREN MISSION AB 1848

Der Ursprung der institutionalisierten Diakonie in Deutschland, wie wir sie heute kennen, wird gemeinhin auf das Jahr 1848 datiert. Auf dem Wittenberger Kirchentag rief der Hamburger Theologe Johann Hinrich von Wichern (*1808 † 1881) zur Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission durch einen Zusammenschluss evangelischer Wohltätigkeitsvereine auf.

Bereits 1833 hatte Wichern in Hamburg das „Rauhe Haus", ein Wohn- und Ausbildungsort für straffällig gewordene und sozial gefährdete Jungen, gegründet. Die „Rettungsanstalt" war Zufluchtsort für vernachlässigte Jugendliche, die dort in familienähnlichen Strukturen mit Erziehern lebten. Diese Erzieher waren als eingesegnete Diakone Teil der Gemeinschaft, dem Brüderhaus. Mit der Inneren Mission wollte Wichern das Pendant zur äußeren Mission bilden und „mit besonderen Verkündigungsformen wie Sonntagsschulen, Bibelkreisen und eigenen Gottesdienststätten"[(1)] den sozialen und seelischen Nöten in der Bevölkerung begegnen. Die Gründung einer solchen koordinierenden und verbindenden Einrichtung wie des Central-Ausschusses war Wicherns konkrete Reaktion auf die aus seiner Perspektive begangene Sünde

des deutschen Volks, das sich immer weiter vom Christentum entfernt habe. Wichern sah es als christliche Pflicht an, die verarmten Unterschichten in die christliche Gemeinschaft zurückzuholen, indem in organisierter, aber dennoch persönlicher, Art und Weise konkrete soziale Hilfen mit der Verkündigungspraxis kombiniert würden. Dieser Ansatz unterschied sich maßgeblich von der bis dato existierenden Armenfürsorge und sah zudem die institutionelle Unabhängigkeit von der Kirche vor. Innovativ war der Gedanke, einzelne Organisationen in der Inneren Mission zu vernetzen und schließlich in regionalen Verbänden zusammenzuschließen.



Die Mitglieder des Centralausschusses.

Präsident:
Dr. v. Bethmann-Hollweg, Geh. Oberreg. Rath.

Vicepräsidenten:
Dr. Stahl, Ob. Consist. Rath. | in Berlin.
Dr. v. Möhler, Ob. Consist. R. |

Cassirer:
Wilhelm Hertz, in Berlin.

Uebrige Mitglieder:
Dr. A. Abendroth, in Hamburg.
Generalsupr. Büchsel in Berlin.
Dr. Geltzer, Professor in Berlin.
Dr. H. Gries in Hamburg.
Dr. Großmann, Pfarrer in Pücha bei Leipzig.
Generalsupr. Dr. Hoffmann in Berlin.
Ph. Nathusius, Gutsbesitzer, in Neinstedt bei Quedlinburg.
Graf A. v. Schlippenbach auf Aerndten.
Dr. Schneider, Professor in Wittenberg.
Freiherr Senft v. Pilsach, Oberpräsident in Stettin.
Geh. Reg. Rath Stiehl in Berlin.
Präs. v. Tippelskirch in Berlin.
Dr. Wichern in Horn bei Hamburg.

Pastor Uhlhorn
Secretair.

Die sämmtlichen Mitglieder des Centralausschusses, so wie die mit ihm verbundenen Agenten sind bereit, Weisungen für die allgemeinen oder besonderen Zwecke des Centralausschusses entgegenzunehmen.

Central-Ausschuss-Mitglieder, 1853

Der Central-Ausschuss für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. I. Bericht von 1849-.1852. Hamburg 1853. Landeskirchliche Zentralbibliothek

Der Central-Ausschuss startete schließlich im Jahr 1849 mit einem überschaubaren Zusammenschluss von 10 Mitgliedern. Doch die Zusammensetzung der Mitglieder war entscheidend: Unter ihnen befanden sich einflussreiche Führungspersönlichkeiten aus Kirche, Adel und Bürgertum sowie der staatlichen Verwaltung. Beim Central-Ausschuss handelte sich um eine Organisation ohne Weisungsbefugnis, die sich auf beratende und koordinierende Tätigkeiten beschränkte. Trotz dieser offiziell festgelegten Begrenzung nahm ihr Einfluss rapide zu.

Die entstehende verbandliche Form des Central-Ausschusses für Innere Mission schuf eine Struktur, die stärkend auf die Entwicklung der Inneren Mission wirkte. Außerdem führte der Central-Ausschuss zahlreiche Konferenzen durch und auch die zahlreichen „Werbe"-Reisen für die Idee der Inneren Mission durch ganz Deutschland trugen dazu bei, dass die Innere Mission anwuchs: Nach und nach entstanden weitere Vereine für Innere Mission, zunächst im Norden, dann in ganz Deutschland und die Mitgliederzahl im Central-Ausschuss stieg auf über 60 an. Zwischen 1890 und 1899 traten weitere Zusammenschlüsse dem Central-Ausschuss bei, unter anderem der Deutsche Evangelische Frauenbund. Bald bildeten sich Landes- und Provinzialvereine für Innere Mission. Nachdem die Sitzungen bis dato stets in Privatwohnungen der Berliner Mitglieder stattgefunden hatten, wurde im Jahr 1909 erstmals ein Gebäude für den inzwischen personell angewachsene Central-Ausschuss in Berlin-Dahlem errichtet.

Auch mit der inzwischen stark angewachsenen Mitgliedschaft behielt die Innere Mission nach wie

vor ihre verbandliche Eigenständigkeit bei. Dies bot sicherlich einige Vorteile, da eine Einbindung in die Kirche zu dieser Zeit vermutlich eine stiefmütterliche Behandlung der Diakonie zur Folge gehabt hätte. Zumal der C.A. sich zunehmend sozialpolitisch einsetzte und den immer stärkeren Ausbau des Wohlfahrtsstaats offen unterstützte, was in den kirchlichen Reihen und auch innerhalb des Central-Ausschusses durchaus auf Widerstand stieß und immer wieder neue Auseinandersetzungen zur Folge hatte.

Neben den großen Anstalten, unter die auch die Diakonissenhäuser, z.B. in Kaiserswerth unter der Leitung von Theodor Fliedner (*1800 † 1864), zählten, entstanden vielzählige Initiativen durch das Engagement von Gemeindepfarrern und deren Ehefrauen. Die Gemeindediakonie war im 19. Jahrhundert wichtige Antriebsfeder für die Entwicklung der Diakonie überhaupt.

Förderer fand die Innere Mission in vielen Monarchen, wobei Friedrich Wilhelm IV. besonders hervorzuheben ist. Er unterstützte sowohl Fliedner als auch Wichern ideell und finanziell wo er nur konnte und trug damit aktiv zur Etablierung der Inneren Mission in der Gesellschaft bei.



Paulinenpflege Winnenden, um 1900

Landeskirchliches Archiv Stuttgart,
Bildnissammlung Nr. 6244.

Im Königreich Württemberg hatte die christliche Tradition der sozialen Hilfe eine lange Tradition und war fester Bestandteil der königlichen Zuwendungen. Bereits 1816/1817 wurde unter der Beteiligung des Königspaars Wilhelm I. und Katharina die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins gegründet, um der verheerenden Armut zu begegnen. Besonderes Augenmerk erhielt die „Sozialdisziplinierung" verwahrloster Kinder aus den unteren Schichten. Königin Katharina initiierte die erste Erziehungsanstalt in Stuttgart, die nach ihrem Tod durch ihre Nachfolgerin, Königin Pauline, im Jahr 1820 als Paulinenpflege eröffnet werden konnte.

Wie keine andere Landeskirche war die Württembergische Landeskirche vom Pietismus geprägt. So auch Christoph Ulrich Hahn (*1805 † 1881), der Gründervater der 1832 ins Leben gerufenen Evangelischen Gesellschaft, die später wichtiger Anlaufpunkt für die Werke der Inneren Mission wurde. Hahn hatte gemeinsam mit anderen Gleichgesinnten 1830 den Verein zur Verbreitung religiöser Schriften für Lausanne und Eßlingen gegründet, die Evangelische Gesellschaft. Hahn war mit Wichern befreundet und widmete sein Leben voller Engagement der Inneren Mission. Im Jahr 1850 wurde alsdann die Agentur für Innere Mission gegründet. Hahn nahm zudem bald ein Amt in der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins an. Aus einem Besuchsdienst, den die Evangelische Gesellschaft aufgrund der Begeisterung für die Ideen der Inneren Mission einrichtet, entsteht die

Stadtmission, die erste Einrichtung zahlreicher weiterer Einrichtungen in den folgenden Jahren, die sich im Jahr 1914 im Landesverband der Inneren Mission in Württemberg zusammenschlossen.

Schon kurz darauf setzte der Erste Weltkrieg ein und die Einrichtungen waren mit einer großen Not konfrontiert.

2: BESTANDSAUFNAHME DER INNEREN MISSION IM ERSTEN WELTKRIEG

Der Erste Weltkrieg mit den tiefgreifenden Veränderungen für die Bevölkerung trug maßgeblich dazu bei, dass die Wohlfahrtspflege praktisch explodierte. Während es vor 1917 nur zwei große Wohlfahrtsakteure gegeben hatte, nämlich die Innere Mission und den Caritasverband, sprossen nun viele hundert neue mehr oder minder seriöse Organisationen aus dem Boden.

Dies ist vor dem Hintergrund zahlreicher Herausforderungen einerseits konsequent, andererseits verwunderlich. Denn durch den Krieg entstand ein großer Personalmangel. Im Rauen Haus beispielsweise waren 1915 von 75 Mitarbeitern nur noch 11 vor Ort – alle anderen waren in den Kriegsdienst eingezogen worden. Daneben hatte die Einrichtung mit den Folgen der Nahrungsmittelknappheit zu kämpfen und in Folge mit der Unterernährung vieler Kinder. Diese Herausforderungen teilte das Raue Haus mit zahlreichen weiteren Einrichtungen. Die im Jahr 1918 an den Central-Ausschuss formulierte Bitte um Hilfe und Unterstützung war nicht von Erfolg gekrönt und wurde lediglich zur Kenntnis genommen.

Insgesamt war der Central-Ausschuss eher zurückhaltend und fiel während des Ersten Weltkrieges politisch nicht weiter auf. Die Konzentration lag maßgeblich auf seelsorgerlichen Aktivitäten und „Sittlichkeitsfragen". Grund hierfür könnte die Entstehung der Kriegswohlfahrt gewesen sein, die staatlich gesteuert und zum Hauptakteur im Bereich der Wohlfahrtspflege wurde.

Zudem traten innerorganisatorische Probleme auf, die von den Leitungspersonen volle Aufmerksamkeit verlangten. Einerseits genügten die veralteten Arbeitsmethoden nicht mehr den realen Ansprüchen, andererseits führte auch die Tatsache, dass der Fokus nicht mehr auf den sozialen und leiblichen Nöten lag, zu Diskussionen. Als 1918 eine neue Satzung verabschiedet werden musste, da sich die Kirchenstrukturen durch das Ende der Monarchie geändert hatten, spielten diese Überlegungen weiterhin eine Rolle.

Die württembergische Innere Mission zählte Anfang des 20. Jahrhunderts 60 Einrichtungen, in denen 3000 Beschäftigte angestellt waren. In der bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründeten Landesvereinigung, in der alle Werke vertreten waren, war die Evangelische Gesellschaft Stuttgart das geschäftsführende Organ.

3: ENDE DER MONARCHIE UND AUSBAU DES STAATLICHEN WOHLFAHRTSWESENS IN DER WEIMARER REPUBLIK

Die Ausrufung der Weimarer Republik mit dem Ende der Monarchie führte zu einigen Unsicherheiten und Zukunftsängsten in der Inneren Mission, die sich jedoch als unbegründet herausstellen sollten. Im Gegenteil florierte die Innere Mission als zuverlässiger Partner der staatlichen Wohlfahrtspflege, indem staatliche Finanzierungsmöglichkeiten bestimmter Tätigkeiten wahrgenommen wurden. Die neu erstarkte Rolle der Inneren Mission als wichtiger Akteur der freien Wohlfahrtspflege fand durchaus nicht nur Befürworter, sondern auch Kritiker in den eigenen Reihen.

In Folge der offen zutage getretenen internen Unzulänglichkeiten professionalisierte der Central-Ausschuss seine Organisationsstruktur. Zunächst begann bereits im Jahr 1918 die Arbeit an einer neuen Satzung, die am 1. Januar 1921 schließlich in Kraft trat. Kurzzeitig wurde der Central-Verband der Inneren Mission gegründet, dessen geschäftsführendes Organ der C.A. war. Bereits im Jahr 1929 wurde der Verband jedoch wieder durch eine Satzesänderung gestrichen und der Central-Ausschuss als koordinierendes, zusammenfassendes Organ definiert. Es bildeten sich verschiedene Fachgruppen und Abteilungen, die fachspezifisch arbeiteten und sich auf konkrete Themengebiete konzentrierten.

Auf die nach dem Ende des Weltkriegs einsetzende Kirchenaustrittswelle reagierte die Innere Mission voller missionarischem Engagement und gründete u. a. eine Abteilung für Volksmission. Diese missionarische Tätigkeit verfolgte die Innere Mission mit hoher Priorität.

Im Jahr 1924 wurde die Deutsche Liga der Wohlfahrtspflege gegründet, ein Zusammenschluss aller Wohlfahrtsverbände, in der die Innere Mission eine der größten und einflussreichsten Mitglieder war.

Auch in der Kirche erfuhr die Innere Mission größere Bedeutung. Obwohl das Verhältnis zur Kirche formal weiterhin unabhängig blieb, wurde die Diakonie in den neuen Kirchenverfassungen als wichtige Zielsetzung erwähnt und die Unterstützung der Diakonie durch die Kirche nun schriftlich fixiert.

1929 führte der Zusammenbruch der Weltwirtschaft zur ersten größeren Krise für die Innere Mission. Da die Einrichtungen der Inneren Mission maßgeblich von den öffentlich zur Verfügung gestellten Mitteln finanziert wurden, gerieten sie aufgrund von Kürzungen nun in akute Existenznot. Auch das Verständnis von Hilfebedürftigen hatte sich beginnend mit den Folgen des Ersten Weltkrieges in der Hyperinflation verändert: Plötzlich ergriff die soziale Not auch Bürger, die im Kaiserreich noch dem Mittelstand angehört hatten. Dass die Bausparkasse Devaheim, die zur Inneren Mission zählte, durch Misswirtschaft schließlich Insolvenz anmelden musste, tat sein Übriges zur Krise hinzu. Es folgten personelle Konsequenzen und im Jahr 1932 fanden Vorstandswahlen statt.

Und bald schon stand die Innere Mission vor noch viel größeren Herausforderungen: Die Übernahme

der politischen Macht durch das NS-Regime und der später einsetzende Zweite Weltkrieg brachte Entwicklungen mit sich, die viele Verantwortliche der Inneren Mission überhaupt nicht hatten kommen sehen. Im Gegenteil gab es einige Vertreter, die die NSDAP vor ihrer Machtergreifung als Hoffnungsträger betrachteten.

4: HALTUNG UND POSITION DER INNEREN MISSION WÄHREND DES NS-REGIMES

Entgegen zunächst geschöpfter Hoffnungen auf eine der Kirche positiv gegenüber stehenden NSDAP, kamen mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 tiefgreifende Erschütterungen auf die Innere Mission zu, denn die allgemeine Gleichschaltungspolitik machte auch nicht vor der Wohlfahrtspflege Halt.

Hitler erkannte ausschließlich die NS-Volkswohlfahrt als offizielles Organ an und setzte ansonsten auf Repressalien gegenüber den Institutionen der freien Wohlfahrtspflege, wie beispielsweise durch das Verbot der öffentlichen Versammlung oder die gezielte Schwächung der Einrichtungen durch ein geändertes Steuergesetz.

Um den C.A. vor den Eingriffen zu schützen, erkannte die Evangelische Kirche die Innere Mission als zur Kirche gehörig an, was jedoch nicht die erhoffte Wirkung zeigte. Im Laufe der Jahre kam es auch für die Innere Mission zu drastischen Beschneidungen in Struktur und Praxis sowie immer wieder kehrenden Durchsuchungen. Zunächst wurde die Führungsriege des Central-Ausschusses durch die NSDAP entmachtet, indem Personal aus den eigenen Reihen bzw. durch Anhänger der Deutschen Christen – eine Vereinigung, die der NSDAP nahe stand und mit der Wahl Hitlers starken Zuwachs erfuhr – die Leitung fortan übernahm und damit das Führerprinzip eingeführt wurde.

Mehr oder minder zaghafter Widerstand in der Inneren Mission formte sich weitestgehend durch individuelle Initiativen und zeigte sich durch Zusammenschlüsse, die eigene Interessensvertretungen darstellten. Beispielsweise gründeten der Bekennenden Kirche nahe stehende Personen und Vereinigungen die Arbeitsgemeinschaft missionarischer und diakonischer Werke und Verbände.

In der Württembergischen Landeskirche setzte sich der damalige Landesbischof Theophil Wurm (*1868 † 1953), vehement und in aller Öffentlichkeit gegen die Eingliederung der Württembergischen Landeskirche ein und schöpfte dafür alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten aus. Zudem erfuhr er großen Rückenwind durch Pfarrer und Kirchenmitglieder und durfte auf die Unterstützung der Bekennenden Kirche zählen. Die Evangelische Gesellschaft veröffentlichte immer wieder zahlreiche Bekenntnisreden von Landesbischof Wurm. Das Engagement zahlte sich trotz zahlreicher persönlicher Bedrohungen aus und die Württembergische Landeskirche blieb selbständige Landeskirche.

In der Inneren Mission gelang es der NSDAP nicht, das Führerprinzip gänzlich zu implementieren und der Präsident trat angesichts des Zwiespalts zwischen Anhängern der Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche zurück. Dies mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass die Innere Mission nicht in die Evangelische Kirche eingegliedert wurde und ihre Eigenständigkeit behielt.

1934 übernahm die nationalsozialistische Volkswohlfahrt erste Einrichtungen aus dem Bereich Kinderbetreuung, die entsprechend Hitlers Ziel, die gesamte Kindererziehung zu übernehmen, ab 1941 dann generell als Aufgabenbereich von der NSDAP beansprucht wurde. In Fragen zur Eugenik und der aktiven Hilfeverweigerung gegenüber „Nichtariern" äußerte sich der Central-Ausschuss in Schriftstücken zwar nicht eindeutig positiv, aber eben auch nicht eindeutig negativ. Dass die Evangelische Kirche keine offenen Worte gegen das stattfindende Verbrechen gegenüber in den Augen der Nationalsozialisten „minderwertiger Menschen" fand, trug sicherlich zu dieser unklaren Haltung der Inneren Mission bei, soll jedoch nicht als Entschuldigung geltend gemacht werden. De facto fanden tausende Zwangssterilisationen in Einrichtungen der Inneren Mission – die meisten davon angeblich mit zuvor eingeholter Einwilligung – statt.

Auch hinsichtlich der Hilfe und Unterstützung jüdischer bzw. „nichtarischer" Mitmenschen hielt sich die Innere Mission zurück. Viele Einrichtungen lehnten die Aufnahme „nichtarischer" Hilfesuchender ab, um den Einrichtungsbetrieb nicht in Gefahr zu bringen. Die Mitarbeit an einer zentralen Hilfestelle für jüdische und „nichtarische" christliche Hilfesuchende lehnte die Innere Mission ab.

Als Hitler die „Euthanasieaktion" startete, verkannte man zunächst die Schwere des Vorhabens und schätzte die anfangs eintreffenden Fragebögen unbedarft als reine Datensammlung aus medizinischem Interesse ein. Selbst als die Bewohner der Heime abgeholt und angeblich verlegt wurden, kam kein Verdacht auf. Erst als später zahlreiche Schreiben bei Angehörigen eintrafen, die vom Tod der Verwandten zeugten, wurde unmissverständlich das Ausmaß der Geschehnisse deutlich. Daraufhin bezog die Innere Mission klare Stellung und verlangte das Ende der Aktion, was jedoch erst 1941 – zumindest offiziell – geschah.

In Folge des Krieges hatte die Innere Mission wie bereits im Ersten Weltkrieg wiederum mit Personalmangel zu kämpfen und stellte tlw. Zwangsarbeiter ein. Neben der Zerstörung von Gebäuden durch den Krieg hatten die Einrichtungen auch mit Enteignungen durch das NS-Regime zu kämpfen.

Während der gesamten Zeit war die Innere Mission als Verein wie viele andere gefährdet, von der NSDAP aufgelöst zu werden. Die Kirche, die zwar bereits in den 1930er Jahren die Bedeutung der Inneren Mission betont hatte, bekräftigte im Jahr 1940 in einem Erlass die Zugehörigkeit der Inneren Mission zur Kirche. Wie bereits zuvor erfuhr die Innere Mission jedoch weniger hierdurch als vielmehr durch die große Verbundenheit mit der Bevölkerung Schutz vor der NSDAP.

Alles in allem zeigte sich die Innere Mission in (kirchen-)politischer Hinsicht auffällig unauffällig. Deshalb musste sich die Innere Mission starker und durchaus berechtigter Kritik an ihrer Haltung während der NS-Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellen.

5: NEUE HERAUSFORDERUNGEN IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND

Nach dem Ende des Hitler-Regimes und der Aufteilung Deutschlands durch die Alliiertenkräfte stand auch für die Evangelische Kirche und die Innere Mission eine Neuordnung an. Da die Innere Mission sich von offizieller Seite aus nicht eindeutig öffentlich gegen die Machenschaften der NSDAP bekannt hatte, musste sie sich harscher Kritik stellen. Zudem wurde mit der Gründung der Evangelischen Kirche Deutschland das Evangelische Hilfswerk als direktes Konkurrenzunternehmen zur Inneren Mission gegründet. Die Einrichtungen beider Institutionen waren in den Nachkriegsjahren mehr denn je gefordert. Denn als eine der ersten durften die Kirchen mit ihren Hilfseinrichtungen ihre Arbeit unter schwierigen Umständen wieder aufnehmen.

Die Zersplitterung Deutschlands in Ost- und Westdeutschland hatte auch für die Kirche und die diakonischen Einrichtungen konkrete Folgen.

5.1: DIE DIAKONIE IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

Durch die Aufteilung Deutschlands in Ost- und Westgebiet durch die Alliierten fand sich die Diakonie in völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen wieder.

Während in der Bundesrepublik Deutschland die Partnerschaft zwischen Diakonie und Sozialstaat rechtlich zunächst im Grundgesetz 1949 und später noch mit dem Bundessozialhilfegesetz 1961 verankert wurde, war die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik eine andere.

Obwohl die diakonischen Einrichtungen nicht gänzlich verboten wurden, gab es starke Einschnitte in den Arbeitsbereichen. Beispielsweise wurde die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Aufgabe des Staats gesehen, was eine Eingrenzung des Engagements in diesem Bereich zur Folge hatte. Es gab jedoch auch Bereiche, in denen die Diakonie sich als Vorreiter etablieren konnte, beispielsweise in der Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Auf dem Weg zum Mauerfall und der Wiedervereinigung erhielt die Diakonie in der DDR im Laufe der Jahre wieder mehr Freiheiten, z.B. im Bereich der Seelsorge.

In der BRD zeichnete sich ein völlig anderes Bild ab. Von Anfang an war die Diakonie als starker Partner beim Aufbau des Sozialstaats entsprechend des Subsidiaritätsprinzips einbezogen und wurde immer einflussreicher. Auch zahlenmäßig wuchs die Diakonie seit den 1960er Jahren stark an und es wurden immer mehr Fachkräfte benötigt. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, entstanden in den folgenden Jahren zahlreiche Fachhochschulen, wie beispielsweise 1971 die Evangelische Fachhochschule in Ludwigsburg unter der Trägerschaft der Württembergischen

Landeskirche.

Der Fachkräftemangel und die Professionalisierung führten dazu, dass immer mehr Mitarbeiter in der Diakonie beschäftigt wurden, die nicht unbedingt eine evangelische Glaubenspraxis pflegten. Auch vor dem Hintergrund einer immer größeren Abhängigkeit der Diakonie vom „Geldgeber" Staat, dessen zahlreiche Gesetzesvorgaben bis in die Alltagspraxis der Diakonie eingriffen, wurden Status und Wesen der Diakonie immer wieder modifiziert und neu ausgerichtet.

5.2: DIAKONISCHE KONKURRENZ: INNERE MISSION UND EVANGELISCHES HILFSWERK

Für die Innere Mission und ihre Einrichtungen war die Bestandsaufnahme nach dem Kriegsende erschreckend. Zahlreiche Krankenhäuser und Heime waren zerstört oder durch das NS-Regime beschlagnahmt worden. Auch die Zentrale in Berlin war betroffen und so wurde ein Umzug des Central-Ausschusses nach Bethel nötig.

Neben der harschen Kritik an der Haltung des C.A. gegenüber des NS-Regimes musste sich der Central-Ausschuss mit einer veränderten Wettbewerbssituation arrangieren.



Spendenaufruf des Hilfswerks: "Lass den Armen nicht Not leiden", 1949

Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Bildnissammlung Nr. 9855.

Als Antwort auf das große Leid der deutschen Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland initiierte Eugen Gerstenmaier (*1906 † 1986) 1945 das Evangelische Hilfswerk (EH) unter dem Motto „Kirche in Aktion". Denn im Gegensatz zur Inneren Mission war das EH rechtlich innerkirchlich angesiedelt und Gerstenmaier kritisierte das Festhalten der Inneren Mission an der seiner Meinung nach veralteten Vorstellung der „Missionierung" durch die aktive Verkündigung des Evangeliums. Unterstützung erhielt Gerstenmaier bei seinem Vorhaben von Seiten der Amerikaner und vom württembergischen Landesbischof Theophil Wurm, der bereits zu Kriegszeiten in die Pläne für ein Hilfswerk eingeweiht worden war. Auch die Freikirchen waren Teil des Hilfswerks. Vergeblich suchte Gerstenmaier hingegen die ökumenische Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche.

In der württembergischen Landeskirche stand der Landesverband für Innere Mission inzwischen unter der Leitung von Gotthilf Vöhringer (*1881 † 1955), der die Gründung des Evangelischen Hilfswerks in Württemberg recht kritisch sah. Ausgerechnet die württembergische Landeskirche war aber besonders stark in die Entstehungsgeschichte des Evangelischen Hilfswerks involviert. Denn Eugen Gerstenmaier hatte die Konzeption des Evangelischen Hilfswerks in enger Zusammenarbeit mit dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm entwickelt und vorangetrieben. Dass der Amtssitz des Zentralbüros in Stuttgart anberaumt wurde, verfestigte diese Bande. Das württembergische Evangelische Hilfswerk stand zunächst unter der Leitung von Oberkirchenrat Wilhelm Pressel (*1895 † 1986) und startete noch vor dem nationalen Werk seine Arbeit.

Das rechtlich völlig in die Evangelische Kirche integrierte Evangelische Hilfswerk nahm ihre Geschäfte im Zentralbüro in Stuttgart auf und bezog von Anfang an alle Landeskirchen mit ihren Gemeinden ein. Zahlreiche Einrichtungen der Inneren Mission wurden genutzt, um die gesteckten Ziele der Nothilfe erreichen zu können und einige Landeskirchen betrauten die Landesvereine für Innere Mission gänzlich mit den Aufgaben des Evangelischen Hilfswerks.

Bestrebungen einer festgelegten engen Zusammenarbeit mit der Inneren Mission scheiterten jedoch. Gründe könnten erstens in der unterschiedlichen Positionierung der beteiligten Führungspersonen während der NS-Zeit liegen. Zweitens waren die Strukturen der beiden Organisationen so unterschiedlich gestaltet, dass eine enge Kooperation ausgeschlossen schien. Außerdem hielt die Innere Mission die Gründung des Evangelischen Hilfswerks prinzipiell für eine Fehlentwicklung.

Dies führte häufig zu vermeidbarer Doppelarbeit, da Hilfswerk und Innere Mission vom Tätigkeitsspektrum durchaus Überschneidungen hatten. Das Hilfswerk konzentrierte sich zunächst auf die Hilfe für Geflüchtete und Vertriebene, deren Zahl 1945 auf 15 Mio. geschätzt wurde. Und das Hilfswerk war eine Erfolgsgeschichte: Allein in den ersten drei Jahren nach Gründung errichtete das Hilfswerk knapp 150 Einrichtungen u.a. für Säuglinge und Heimkehrer. Beachtenswert ist die Flexibilität des Hilfswerks, das sich stets auf existierende Nöte einstellte und diesen tatkräftig begegnete, wie beispielsweise der Wohnungs- und der Hungersnot. Den starken Einschnitten durch die Währungsreform im Jahr 1948 zum Trotz meisterte das Evangelische Hilfswerk durch geschickte Geschäftsführung diese finanzielle Krise und ging gestärkt aus ihr hervor.

Fortwährend waren die Diskussionen um das Verhältnis zur Inneren Mission und die Position des Hilfswerks in der Evangelischen Kirche. Gerstenmaiers Kritik am Vorgehen der Inneren Mission, die nach wie vor die Missionierung als essentiell ansah, stieß seitens der Inneren Mission auf Unverständnis. Auch der Umstand, dass Gerstenmaier es als Pflicht und Aufgabe des Hilfswerks sah, sich sozialpolitisch stark zu machen, wurde bei der Inneren Mission und auch in der Kirche nicht sonderlich positiv aufgefasst. Gerstenmaier wechselte in der Konsequenz in die Politik und

wurde später sogar Bundestagspräsident für die CDU. Die Innere Mission feierte ihr Jubiläum gestärkt, denn sie konnte sich von den Folgen des Krieges erholen.

Dennoch konnte sich der Central-A. den Diskussionen um die rechtliche Verfasstheit und einer Zusammenführung mit dem Evangelischen Hilfswerk nicht entziehen. Nachdem die EKD bereits 1948 in ihrer Grundordnung die diakonischen Einrichtungen als Äußerung der diakonischen Grundfunktion der Kirche definiert hatte, war eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Kirche und der institutionalisierten Diakonie nötig.

6: ZUSAMMENFÜHRUNG VON INNERER MISSION UND EVANGELISCHEM HILFSWERK AB 1957

Nachdem die größte Nachkriegsnot besiegt war, wurden immer mehr Stimmen laut, die eine Zusammenführung des Evangelischen Hilfswerks mit der Inneren Mission als logischen und notwendigen Schritt forderten. Ein starkes Argument der Befürworter eines Zusammenschlusses war die Tatsache, dass das Evangelische Hilfswerk ursprünglich gegründet worden war, um der speziellen Situation nach Kriegsende gerecht zu werden. Demnach war die Arbeit des Hilfswerks von Anfang an von vorrübergehender Natur konzipiert. Den Landeskirchen, die auf Entscheidungen des Stuttgarter Zentralbüros kaum Einfluss hatten, war es zudem ein Anliegen, eine Zentralisierung der Diakonie zu verhindern. Der Zusammenschluss der diakonischen Institutionen war ein konsequenter, wenn auch kein einfacher Schritt.

Als sich das Evangelische Hilfswerk in Württemberg mit dem Landesverband der Inneren Mission und dem Evangelischen Landeswohlfahrtsamt im Jahr 1950 in die Arbeitsgemeinschaft der diakonischen Werke in der Evangelischen Landeskirche Württembergs zusammenschloss, wurde der Oberkirchenrat Herbert Keller (*1904 † 1982) zum neuen Geschäftsführer. In Württemberg waren sich der Landesverband für Innere Mission und das Evangelische Hilfswerk besonders im Sammlungswesen ins Gehege gekommen und Vöhringer war ein starker Befürworter der Fusion.

Im Jahr 1957 wurde in der BRD aus Innerer Mission und dem Evangelischen Hilfswerk das Diakonische Werk der Inneren Mission und des Hilfswerkes der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die neue Organisation übernahm den freien Verbandscharakter, den die Innere Mission seit jeher befürwortet hatte, Aufsicht führte der Diakonische Rat. Als Entscheidungsorgan wurde die Diakonische Konferenz gebildet, der nur wenige diakonische Führungspersonen angehörten. Ungeachtet dessen wurde Gerstenmaiers Ziel einer innerkirchlich angesiedelten Diakonie damit begraben. Kirchenpolitisch wurde diakonisches Handeln unter dem Predigtamt angesiedelt und nahm damit eine innerkirchliche Randrolle ein.

Die Diakonie als Organisation hingegen profitierte vom Selbstkostendeckungsprinzip, das den Einrichtungen ihre Leistungen entsprechend zuvor festgelegter Sätze finanziell erstattet und florierte regelrecht. Eine der erfolgreichsten Unternehmungen des neuen Diakonischen Werks in der

BRD war die Aktion Brot für die Welt, mit der man Hilfe zur Selbsthilfe gegen Hungersnot in den ärmsten Ländern der Erde leisten wollte.

In der DDR schlossen sich Central-Ausschuss und Hilfswerk ein Jahrzehnt später, im Jahr 1969, zusammen und es entstand das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR. Im selben Jahr, am 31.12.1969, fusionierten auch in Württemberg das Evangelische Hilfswerk und der Landesverband für Innere Mission zum Diakonischen Werk Württemberg e.V., was in vielen Landeskirchen bereits geschehen war. Die Vereinslösung war vor allem aus den Reihen der Inneren Mission favorisiert worden. Damit war die Unabhängigkeit der Diakonie von der Landeskirche Württemberg gewährleistet.

6 Jahre später, im Jahr 1975, entstand dann das Diakonische Werk der EKD in Westdeutschland. Doch nur 14 Jahre später war wiederum alles im Wandel begriffen. Denn mit dem Mauerfall 1989 begann ein langer Veränderungsprozess für die Diakonie. Am 19. März 1991 traten die Diakonischen Werke der Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR dem Diakonischen Werk der EKD bei. In den neuen Bundesländern konnten die zuvor stark eingeschränkten Arbeitsfelder, wie in der Kinder-, Jugend- und Altenhilfe, wieder aufgebaut werden. Um dem daraus folgenden Bedarfsanstieg an geschulten Mitarbeiter*innen gerecht werden zu können, wurde neues Personal gesucht.

Damit entstand eine der größten Herausforderungen, die bis heute für die Diakonie relevantes Thema ist. Da in der DDR Propaganda zum Atheismus erfolgreich betrieben worden war, gab es kaum geeignetes Fachpersonal, das einer christlichen Kirche angehörte.

Während die Diakonie in den neuen Bundesländern volle Aufmerksamkeit erfuhr, musste die Diakonie in den alten Bundesländern teilweise lange Zeit zurückstecken, beispielsweise wenn es um Sanierungsvorhaben ging.

7: DAS DIAKONISCHE WERK DER EKD

Die bereits in den Nachkriegsjahren beginnende Bürokratisierung der Hilfeleistungen wurde noch verstärkt durch die zahlreichen Vorgaben der Krankenkassen und Pflegeversicherungen an die Diakonie. Die Entwicklungen der Bürokratisierung und der Professionalisierung hatten eine Entfremdung der Diakonie zur Kirche und dem christlichen Ethos zur Folge. Darauf reagierte die Diakonie mit identitätsstärkenden Programmen, wie beispielsweise der Entwicklung von Leitbildern oder der Weiterbildung des Personals in christlich-diakonischer Lehre. Die Identitätsdebatte hält jedoch unverändert an.

Zum Diakonischen Werk zählen die Landesverbände der Diakonie sowie die Mitglieder der Diakonischen Arbeitsgemeinschaft. Der so genannte Ausschuss Diakonie hat eine beratende Funktion inne und erarbeitet Konferenzbeschlüsse. Die Konferenz für Diakonie und Entwicklung ist

das höchste Beschlussgremium und wird wie der Ausschuss durch Wahlen von Repräsentanten der Fachverbände, der gliedkirchlichen Diakonischen Werke und von Einzelpersonen vertreten. Es gibt ein Präsidentenamt sowie zwei Vorstandsämter in den Bereichen Sozialpolitik und Finanzen, Personal, Organisation, Recht, Wirtschaft.

Die Diakonie Deutschland bildet seit einer Fusion im Jahr 2012 gemeinsam mit Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE).

Das Diakonische Werk Württemberg, das umgangssprachlich kurz und bündig als Diakonie Württemberg bekannt ist, ist heute Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege und hat seinen Sitz nach wie vor in Stuttgart. Ungefähr 40 000 Mitarbeiter sind hauptberuflich bei der Diakonie Württemberg beschäftigt und fast genau so viele, nämlich 35000 engagieren sich ehrenamtlich.

1. Hammer, Georg-Hinrich, Geschichte der Diakonie in Deutschland, S. 155. ↑

Aktualisiert am: 27.05.2019

Bildnachweise



Central-Ausschuss-Mitglieder, 1853
Central-Ausschuss-Mitglieder, 1853
Der Central-Ausschuss für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. I. Bericht von 1849-.1852. Hamburg 1853.
Landeskirchliche Zentralbibliothek



Paulinenpflege Winnenden, um 1900
Paulinenpflege Winnenden, um 1900
Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Bildnissammlung Nr. 6244.



Spendenaufruf des Hilfswerks: "Lass den Armen nicht Not leiden",
Spendenaufruf des Hilfswerks: "Lass den Armen nicht Not leiden", 1949
Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Bildnissammlung Nr. 9855.

Zitierweise

Institutionalisierte Diakonie in Deutschland und Württemberg, in: Württembergische Kirchengeschichte Online, 2019
https://wkgo.de/cms/article/index/institutionalisierte-diakonie-in-deutschland-und-wurttemberg (Permalink)

Nutzungsbedingungen

Alle Rechte vorbehalten.

Ein Projekt von:

LANDESKIRCHLICHES ARCHIV STUTTGART

Verein für württembergische Kirchengeschichte

Evangelische Landeskirche in Württemberg